

Aktiv für Frieden und Sicherheit

16-157

Grüne Friedens- und Sicherheitspolitik

Grüne treten engagiert für Abrüstung, Schutz der Menschenrechte, eine gerechte Globalisierung und gewaltfreie Konfliktlösung ein. Frieden ist für uns mehr als nur die Abwesenheit von Krieg, Sicherheit mehr als nur die Sicherheit von Staaten.

Wo Menschen unterdrückt werden, nicht frei von Furcht und Not leben können oder wo unsere natürlichen Lebensgrundlagen unwiederbringlich zerstört werden, dürfen wir nicht wegsehen. Hier müssen wir uns einmischen. Grüne wollen zu einer vorausschauenden Friedenspolitik beitragen. Ursachen von Krisen und Gewalt müssen frühzeitig angegangen, Friedenschancen ergriffen werden.

Die Verantwortung für friedliche Streitbeilegung haben in erster Linie die Konfliktparteien. Die Einmischung von außen sollte so gering wie möglich gehalten werden. Dritte sollten vor allem Hilfe zur Selbsthilfe leisten und friedensbereite Kräfte und Fähigkeiten unterstützen.

Kollektive Friedenssicherung und gerechte Globalisierung

Grüne setzen nicht auf das Recht des Stärkeren, sondern auf das Völkerrecht und kollektive Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen. Es gibt für die globalen Risiken wie Klimawandel, Ressourcenknappheit, Staatszerfall, Armut, Aufrüstung oder internationalen Terrorismus keine rein nationalen oder militärischen Lösungen.

Für einen kooperativen Multilateralismus sind die Vereinten Nationen (VN) unverzichtbar. Ihre Stärke liegt in der universellen Mitgliedschaft und der Befassung mit globalen Zukunftsfragen. Beschlüsse der Vereinten Nationen sind eine wichtige Legitimationsgrundlage. Allerdings: Grundlegende Reformen sind unerlässlich. Der Sicherheitsrat spiegelt die Welt des Jahres 1945 wider. Eine gerechtere Zusammensetzung unter Beteiligung Afrikas, Lateinamerikas und Asiens und eine Erhöhung der Effektivität des Gremiums sind notwendig.

Die Mitgliedstaaten müssen die VN institutionell, personell und finanziell stärken. Dies gilt gerade auch für Einrichtungen wie das Department for Peacekeeping Operations oder die Peace Building Commission.

Zivilmacht Europa als transatlantischer und globaler Partner

Für Grüne hat die europäische Integration und die Stärkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union (EU) auch friedens- und sicherheitspolitisch Priorität.

Die EU muss endlich mit einer Stimme sprechen. Sie muss in der Lage sein, in Arbeitsteilung mit der NATO, für die eigene Sicherheit zu sorgen und einen fairen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung zu leisten. Wir sagen Ja zum Aufbau eines europäischen diplomatischen Dienstes, einer institutionellen Stärkung der EU für Abrüstung und zivile Krisenprävention und zu einer parlamentarisch kontrollierten engeren militärischen Zusammenarbeit in der EU.

Die Europäische Union soll keine imperiale Militärmacht, sondern eine starke Zivilmacht werden, die ihre politische und ökonomische Stärke in den Dienst des Friedens stellt. Die nationalen Streitkräfte sollen Schritt für Schritt in eine europäische Sicherheitsstruktur integriert werden. Damit können Streitkräfteumfang und Verteidigungsausgaben gesenkt werden.

Für eine Neuausrichtung der NATO

Die NATO ist ein Garant der gemeinsamen Sicherheit Europas und eine wichtige institutionelle Klammer transatlantischer Sicherheitskooperation. Sie wirkt einer Re-Nationalisierung der Sicherheitspolitik entgegen.

Aber über die Prioritäten der sicherheitspolitischen Bedrohungen und Wege ihrer Eindämmung gibt es oftmals keine Einigkeit mehr. Der Irak-Krieg und ein völkerrechtswidriges Vorgehen im Kampf gegen den Terrorismus haben dem Ansehen der USA und ihrer Bündnispartner schwer geschadet. Als „Werkzeugkasten“ für amerikanische Hegemonialpolitik hätte die NATO keine Zukunft. Der Rückfall in eine militärische Drohpolitik und Machtkonkurrenz würde Bemühungen um kollektive Sicherheit konterkarieren.

Die NATO muss Teil einer kooperativen Sicherheitsarchitektur werden, die auf dem Prinzip gemeinsamer Sicherheit beruht. In der NATO müssen sich USA und EU auf Augenhöhe begegnen und Ziele und Strategien gemeinsam klären. Militärische Einsätze brauchen ein Mandat des VN-Sicherheitsrats und die Einbindung in ein tragfähiges politisches Gesamtkonzept. Die NATO muss beitragen zu Vertrauensbildung und Abrüstung.

Für eine parlamentarisch kontrollierte Freiwilligenarmee

Die Transformation der Bundeswehr braucht neuen Schwung. Wir Grüne wollen eine Freiwilligenarmee mit 200.000 Soldatinnen und Soldaten, die im demokratischen Rechtsstaat verankert ist und im Auftrag des Parlaments einen wirksamen Beitrag zur kollektiven Friedenssicherung leisten kann. Dies erfordert effektive Mitwirkungs- und Kontrollrechte des Parlaments.

Militärische Abenteuer wie den Irak-Krieg oder die weitere deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom in Afghanistan lehnen wir ebenso ab wie die Planungen, die Bundeswehr im Innern oder zur globalen Energie- und Rohstoffsicherung einzusetzen.

In internationalen Einsätzen ist die Kernaufgabe: stabilisieren und schützen. Dafür muss die Bundeswehr vorbereitet sein. Immer noch wird Geld in falsche oder überdimensionierte Projekte wie den Eurofighter oder das Raketenabwehrsystem MEADS investiert. Auch die Strukturen stimmen nicht. Die allgemeine Wehrpflicht ist sicherheitspolitisch nicht mehr begründbar, ihre Ungerechtigkeit himmelschreiend.

Wir wollen keine Zwangsdienste und lehnen die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht oder Auswahlwehrpflicht ab. Wir wollen die Voraussetzungen und Anreize für die freiwilligen Dienste verbessern und ausbauen. In der Bundeswehr wollen wir einen freiwilligen militärischen Kurzdienst von 12 bis 24 Monaten einführen. Er soll auch Frauen offen stehen.

„Die Wehrpflicht ist von gestern. Sie ist ungerecht, ineffizient und überflüssig. Daher muss sie abgeschafft werden.“

Omid Nouripour MdB

ist Mitglied im Verteidigungsausschuss

Enge Kriterien für Auslandseinsätze

Grüne wissen um die Gefahren und die Eigendynamik von Militäreinsätzen. Diese sind extrem teuer, riskant und oft ein Instrument von Machtpolitik. Der Einsatz bewaffneter Streitkräfte ist nur legitimierbar, wenn er im Rahmen der VN-Charta völkerrechtlich legal, vom Gesamtansatz her aussichtsreich und hinsichtlich der Risiken und Fähigkeiten verantwortbar ist.

Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt muss verhindert werden und allerletztes Mittel bleiben. Sie ist unabhängig vom Ziel immer ein großes Übel. Grünen fiel es nicht leicht, anzuerkennen, dass zur Gewalteinämmung und Friedenssicherung der Einsatz von Militär notwendig sein kann. Hierfür muss es ein völkerrechtliches und parlamentarisches Mandat, klare Regeln und die Einbettung in eine politische Konfliktlösung geben.

Militär kann im besten Fall für gewisse Zeit geschützten Raum für zivile und politische Friedensprozesse schaffen. Dafür müssen Einsätze über die notwendige Zeit auch personell und materiell durchhaltbar sein.

Gewaltfreiheit in Friedenspolitik übersetzen

Der Grundsatz der Krisenprävention und Gewaltfreiheit muss in praktische Politik übersetzt werden. In Regierungsverantwortung haben wir „zivile Krisenprävention“ als ressortübergreifende Aufgabe vorangebracht und eine erste Infrastruktur dafür aufgebaut. Errungenschaften sind: der Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Einrichtungen wie das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, das Menschenrechtsinstitut, die Deutsche Stiftung Friedensforschung, der Zivile Friedensdienst oder die Förderung anderer Nichtregierungsorganisationen in diesem Bereich.

Die große Koalition macht keine Anstrengungen, die Handlungsfähigkeit im zivilen Bereich zu verbessern. Im zivilen und polizeilichen Bereich muss weiterhin improvisiert werden. Einsatz- und durchhaltetfähige Strukturen fehlen.

Wir brauchen im zivilen Bereich mehr Mittel, eine professionelle Logistik und Infrastruktur, mehr Personal, einen Pool mit schnell einsatzfähigen ExpertInnen und ein Entsendegesetz als Rechtsgrundlage. Wir müssen Frauen, lokale friedensbereite Kräfte und regionale Organisationen systematisch an Friedensprozessen beteiligen.

„Militär kann keine Konflikte lösen. Friedensmissionen haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn der eklatante Rückstand im zivilen Bereich abgebaut wird. Deshalb: Vorrang für den Aufbau ziviler Fähigkeiten!“

Winfried Nachtwei MdB

ist Sprecher für Sicherheits- und Abrüstungspolitik

Frieden und Sicherheit heißt für Grüne:

- » für menschliche und kollektive Sicherheit eintreten sowie Gewaltursachen frühzeitig und gewaltfrei überwinden.
- » militärischen Abenteuern, Ressourcenkriegen oder Bundeswehreinsätzen im Innern eine Absage zu erteilen.
- » Aufrüstung, Kriegsgefahren und der Privatisierung des Krieges entgegenwirken.
- » die Handlungsfähigkeit von Vereinten Nationen, EU und NATO im Bereich der Krisenprävention und kollektiven Friedenssicherung zu verbessern.
- » die Bundeswehr auf 200.000 SoldatInnen zu verkleinern und die Wehrpflicht abzuschaffen. Freiwilligendienste müssen attraktiver werden.
- » Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen die Ausnahme bleiben. Sie dürfen nur unter Beachtung strenger Kriterien und im Rahmen eines politischen Gesamteinsatzes erfolgen.
- » Zivile Krisenprävention hat Vorrang. Internationale Friedenssicherung braucht eine handlungsfähigere zivile Infrastruktur in Deutschland, der EU, der OSZE und den VN.
- » Deutschland muss bei Abrüstungsinitiativen und einer restriktiven Rüstungsexportpolitik vorangehen.

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Winfried Nachtwei MdB, Arbeitskreis 4: Internationale Politik und Menschenrechte, 11011 Berlin, T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

Krieg verhindern - Sicherheit gewährleisten - Frieden fördern (Reader 16/116)
Weißbuch in der Kontroverse (Reader 16/24)

Bundestagsdrucksachen:

16/9799 Für eine atomwaffenfreie Zukunft (Antrag)
16/8402 Für klare menschen- und völkerrechtliche Bindungen bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr (Antrag)
16/6393 Wehrpflicht überwinden - Freiwilligenarmee aufbauen (Antrag)
16/4555 UN-Resolution 1325 - Frauen, Frieden und Sicherheit (Antrag)